



# ORIENTIERUNG

Nr. 8 52. Jahrgang Zürich, 30. April 1988

**A**LS VOR SECHZIG JAHREN in Bern die erste Schweizer Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA) über die Bühne ging, war sie bereits unter den Ausstellerinnen. Aber während zahlreiche Frauenklöster im Bereich «Kirchliche Kunst» vertreten waren, stellte Schwester *Augustina Flüeler*, die in die Geschichte der Erneuerung dieser Kunst als Pionierin eingehen sollte, damals mit ihrer Fachklasse für Handarbeit ein Ballkleid aus: «Es war mit Straußenfedern elegant verziert», erinnert sie sich heute noch, «aber um es nach Bern zu bringen, mußte zuerst das Vorurteil überwunden werden, geschlossene Klöster seien nicht «à jour»; so nämlich hatte die zuständige Dame der Gruppe «Erziehung» auf unsere Anmeldung reagiert.»

A jour, «heutig» und im Heute kreativ sein, dieses Grundanliegen charakterisiert das Lebenswerk von *Augustina Flüeler*. Sie stellt sich selber als «eine Frau aus dem letzten Jahrhundert» vor, aber bei einem kürzlichen Besuch durften wir – unser zwei von der Redaktion, mit der sie sich noch jüngst in einem erfrischenden Brief in Kontakt trat – in ihr einer immer noch aufrechten, eigenständig denkenden, kritisch kommentierenden und ökumenisch-weltoffenen Zeitgenossin begegnen. Daß sie heute weder Schleier noch Tracht, sondern selbstgeschneidertes, schlicht-vornehmes Zivil trägt und daß sie sich als Tertiarin den «Laien» in der Kirche zugehörig fühlt, ist ein weiteres Merkmal. Schon gleich bei der Begrüßung in der Halle des St.-Klara-Klosters zu Stans zeigt sie auf ein altes Repräsentationsbild des Konzils von Trient mit dem Vertreter der Eidgenossen (Melchior Lussy) und anderen weltlichen Abgesandten inmitten der Konzilsväter, ja in deren innerstem Kreis: «Da», sagt sie und macht eine Geste, als ob sie über heute reden wolle, «da sehen sie den Platz der Laien!»

## «Mit dem Gespür der Wissenden ...»

Laienmitverantwortung hat sie als Textilkünstlerin im Verein mit Architekten, Bildhauern und Malern im Sinne von Sachverstand, Begabung und Erfahrung, die in die Kirche einzubringen sind, selber praktiziert. Inmitten der Erneuerung des «sakralen Raums» und des «sakralen Gewands» wurde so der gesunde Sinn für Profanität gewahrt, der sich zuallererst an den Möglichkeiten und Erfordernissen des Materials sowie am Eigenwert dessen, was «Raum» und was «Gewand» sein kann und soll, orientiert. Der Schritt vom Ballkleid zum liturgischen Kleid war für sie in dem Moment nicht mehr unerhört, als sie auch das Priestergewand im Dienst von Bewegung und Gebärde beim liturgischen Tun als gestalterischen Auftrag verstand: «Ich hatte selber nie an Paramentik gedacht. Aber solche, die die Arbeiten in Bern gesehen hatten, forderten mich auf, die gestalterischen Kräfte im Bereich der kirchlichen Textilkunst einzusetzen. So hat sich alles gefügt.»

«Gefügt» – in diesem Wort sieht *Augustina Flüeler* im Rückblick auch ihren persönlichen Lebensweg in der Spannung zwischen Kloster- und Künstlerberuf gekennzeichnet. Ursprünglich wollte sie wie der früh verstorbene Vater Tierarzt werden. Ein Unistudium glaubte die Mutter für die Tochter nicht aufbringen zu können, wohl aber eine vorzügliche Ausbildung als Handarbeitslehrerin in St. Gallen. Der Aufenthalt dort verschaffte ihr einerseits ein verlockendes berufliches Angebot und ließ andererseits den Entschluß zur religiösen Hingabe – so formuliert sie es heute noch – reifen. Ein dringendes Bedürfnis der Heimatgemeinde nach einer kompetenten Lehrerin – der Posten war durch Todesfall verwaist – führte sie dann aber dazu, fortan sowohl ihren Beruf in Stans auszuüben als auch ins dortige Frauenkloster einzutreten. Daß sie trotzdem nicht «eingeschlossen» blieb, dafür schob ihr die Mutter immer wieder Bücher zu, und vom Bruder, der sich in Berlin zum Tanzmimen ausbildete, erhielt sie Fachzeitschriften und persönliche künstlerische Anregungen. Zur Horizonterweiterung trugen ferner bald einmal fähige Schülerinnen und nicht zuletzt der für Stans zuständige damalige Bischof

## PORTRÄT

**Besuch bei Schwester *Augustina Flüeler*:** Im St.-Klara-Kloster in Stans – «Eine Frau aus dem letzten Jahrhundert» – Ausbildung als Handarbeitslehrerin – Von ihrem Geburtsort in die Pflicht genommen – Eintritt in das Stanser Frauenkloster – Mutter und Bruder als anregende Gesprächspartner – Handwerkliche Kompetenz und materialgerechte Ästhetik – Aufgefordert, ihre Begabung für kirchliche Textilkunst einzusetzen – Weltweite Anerkennung ihrer Arbeiten – Auch heute noch eine kritische Zeitgenossin.

*Ludwig Kaufmann*

## LITERATUR

**«Ich wohne im Wort»:** Zu Leben und Werk der Dichterin *Rose Ausländer* (1901–1988) – Geboren und aufgewachsen in der vielsprachigen Stadt Czernowitz – Berührungen mit den Traditionen osteuropäischen Judentums – Nach 1921 zehnjähriger Aufenthalt in den USA – Rückkehr in die Heimatstadt und erste Veröffentlichungen – Überlebt nationalsozialistische Ghetto und Verfolgung – Nach einem zweiten USA-Aufenthalt seit 1965 in Düsseldorf ansässig – Herausgefordert durch die neue Lyrik *Paul Celans* – Suche nach einer dichteren und knapperen Sprache – Spannungen kontrastierender Themen: Liebe und Abschied, Tod und Auferstehung.

*Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri/Bern*

## DDR

**Schritte auf einem gemeinsamen Weg:** *Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* – Fand vom 12. bis 15. Februar 1988 in Dresden statt – In der Trägerschaft der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der DDR – Unter vollverantwortlicher Teilnahme der katholischen Kirche – Auswirkungen des Dresdner Katholikentreffens von Juli 1987 – Kirchenleitung blieb in Reserve gegenüber unabhängigen katholischen Gruppen – In der kurzen Vorbereitungszeit waren über 10000 Vorschläge eingereicht worden – DDR-spezifische Probleme rangieren vor weltweiten Fragen – Zeugnisse aus Betroffenheit und konsensfähige Aussagen – Sie ermöglichen die Eini-gung auf ein verbindliches Wort – Ökumene als Gemeinschaft von Suchenden – Dialog muß über die Grenzen der Kirchen hinausgehen.

*Joachim Garstecki, Teltow/DDR*

## SOWJETUNION

**Perestrojka, Demokratie und Glasnost:** Zu den Chancen und Grenzen einer *inneren Reform* – Gegensatz von kollektiven und individuellen Bedürfnissen als Entfremdungsfaktor – Perestrojka bedeutet Aufspaltung versteinelter Strukturen – Aktive Partizipation aller erhält nationale Priorität – Gegnerschaft im Parteiapparat – Glasnost, die Suche nach Transparenz – Appell an die Bevölkerung – Seit den Unruhen von 1986 in Alma Ata gewinnt das Nationalitätenproblem an Virulenz – Unionsrepubliken kämpfen um ethnische Identität – Die Last der Vergangenheit – Reichweite und Grenzen von Reformen. *Robert Hotz*

von Chur, *Caminada*, bei: «Er verordnete mir, angesichts meines Interesses für byzantinische Kunst, kurzerhand eine zehntägige Studienreise nach Ravenna.»

Wenn so hohe Kirchenmänner sie besuchten, sprach sie freimütig über ihre Einsichten und Überzeugungen. «Warum machen Sie keine römischen Meßgewänder?» hatte einer gefragt – «Sie meinen Barockkleider», antwortete sie, «wir leben nicht mehr im Barock.» Ein anderer, an der liturgischen Erneuerung grundsätzlich interessiert, hatte Mühe mit ihren Gewändern ohne sakrales Zeichen. Sie sagte ihm: «Das Gewand selber ist Zeichen.» Dieser kurze Satz, den sie uns als schlichte Selbstverständlichkeit anführt, rekapituliert den gestalterischen Weg, den es von der Erstarrung des Meßkleids in «zwei steife Lappen», vom aufgesetzten und aufgehäuften Ornament, vom «Abgleiten ins Unechte und Sentimentale», aber auch von «Massenware» und «Flitter» zur Würde des Echten in Qualität und Form zu gehen und durchzukämpfen galt. Der öffentlichen Auseinandersetzung hat Augustina Flüeler sich nicht ent-

zogen. Auf internationalen Ausstellungen stellte sie ihre Arbeiten der Kritik und in Publikationen gab sie Rechenschaft. Auf «Paramente» (Zürich 1949, 1955) folgte 1964, ebenfalls im NZN-Verlag, «Das sakrale Gewand», woraus Kapitel wie «Bindung und Freiheit», «Armut und Qualität», «Kleid der jungen Kirche» über die engeren Fragen der Paramentik hinaus von grundsätzlicher Aktualität geblieben sind. Im Vorwort zu diesem Band sah der Liturgiegeschichtler und spätere Bischof von Basel, Professor *Anton Hänggi*, die Autorin «mit dem Gespür der Wissenden, ja der Prophetischen» am Werk. Daß dieses Gespür auch durch Krisen ging, hat sie im Gespräch mit uns von sich aus frei heraus gesagt. Dabei hat mich im Sinne des Prophetischen an ihr vor allem frappiert, wie sie geschichtlich denkend auch gegenwärtigen Wandel des Lebensgefühls und des sozialen Kontexts wahrnimmt: «Heute», sagt sie zum Abschied, «denke ich schon wieder anders. Vielleicht braucht es – gewiß in vielen Situationen – kein sakrales Gewand mehr.»

Ludwig Kaufmann

## «Ich möchte mich ins wahre Leben schreiben ...»

Zum Leben der Dichterin Rose Ausländer, 1901–1988

Nur noch die Tausende von Briefen, die sie erreichten, stellten die Verbindung zur Welt her: Briefe von Lesern, die ihre einfach-schönen Gedichte zu verstehen glaubten, denn diese Verse gehörten zu den meistgelesenen der deutschsprachigen Lyrik. Rose Ausländer lebte nach einem Unfall, den sie vor Jahren erlitten hatte, in der winzigen Welt ihres Zimmers – in jenem Haus, das sie 1965 aufgenommen hatte: im Nelly-Sachs-Heim der Stadt Düsseldorf. Ihr Alltag war ein Kampf gegen Krankheiten, die Nachboten einer schmerzreichen Vergangenheit, und es mutet wie ein Wunder an, daß sie trotzdem die Kraft zum Schreiben gefunden hat, immer und immer wieder. Stille ging von ihr aus: An öffentlichen Anlässen fehlte sie, im Fernsehen trat sie nicht auf, Statements gab sie keine ab, sie schrieb nur immer wieder: Gedichte, fast jeden Tag eines, aber keinen Roman, keine Memoiren. Ihre dichterische Existenz hat sich vollauf in der Lyrik erfüllt. Mit ihr hat sie sich in frühester Jugend, in jenen Czernowitzer Tagen, eingelassen, um sie hat sie gekämpft, ihr aber auch das geistige Überleben in den Tagen der «Sternverdunkelung» verdankt.

### Einprägsame Lyrik des Dennoch

Rose Ausländer ist in der Nacht zum dritten Januar dieses Jahres gestorben, fast siebenundachtzig Jahre alt, und mit ihr ist wohl die letzte bedeutsame Dichterin des Ostjudentums aus dieser Welt weggegangen. «Sterben gilt / nicht / für Gott und / seine Kinder», hat sie einmal in einem Gedicht festgehalten. Und man möchte meinen, daß auch ihre Verse nicht so rasch aus dem Gedächtnis fallen, denn es ist eine großartig einprägsame Lyrik des Dennoch. In ihren Versen liegt ein Potential der Hoffnung, angesammelt von einer zarten Frau, die uns herausfordert. Denn hatte sie nicht fast alles erfahren, was eine Biographie an Passionen bereithalten kann? Angst, Verfolgung und Not, Einsamkeit, Verzweiflung und Leiden aller Art. Und trotzdem fand diese Dichterin immer wieder den Schritt ins Leben zurück.

Mein Atem

In meinen Tiefträumen  
weint die Erde  
Blut

Sterne  
lächeln in meine Augen

Kommen Kinder zu mir  
mit vielfarbnen Fragen

Geht zu Sokrates  
antworte ich

Die Vergangenheit  
hat mich gedichtet  
ich habe  
die Zukunft geerbt

Mein Atem heißt  
jetzt

(Gedichte 1977–1979, 96)

Da entäußert sich nicht nur eine schrankenlose Leidensfähigkeit, sondern auch eine ungemein starke Vitalität, ein Erbes ihres Volkes. Was hat sie denn schließlich vor der Verbitterung bewahrt? Bestimmt dies, diese Zähigkeit, aber vor allem auch eine glückliche Kindheit, deren Erinnerung sie durch die Verwundungen hindurchtrug. Man mag vielleicht glauben, Rose Ausländer sei mit jener schönen Naivität ausgestattet gewesen, welche für die Kindlichkeit im Alter sorgt. Dies war nicht der Fall; die Dichterin konnte im Gegenteil mitunter eine unverhohlene Skepsis äußern und die Segnungen einer voreiligen Religiosität z. B. mit Spott bedenken, mit einem charmanten Spott. Auch hat sie die Wirklichkeit «unser unverlässliches Märchen» genannt, wohl wissend, daß die Himmel und die Höllen nahe beieinanderliegen. Sie war weise, und gerade weil sie um alles wußte, konnte sie mit einer großzügigen Geste diese Anrede wagen, die so typisch für ihr lyrisches Alterswerk ist: Der Leser wird ihr zum «Lebensbruder». Ihre Dichtung ist jetzt ein einziger großer Dialog, ganz auf das Du ausgerichtet und von daher, aus einem beharrlichen Impetus heraus, auf Verständlichkeit hin angelegt. Sie liebt die allumfassende Gebärde der Liebe. Diese ist ihr kein bloß abendländisch-humanes Anliegen, sondern sie entspringt letztlich wohl jener chassidischen Frömmigkeit, die gewisse Verwandtschaften mit franziskanischer Spiritualität aufweist. Wie ein moderner Nachklang des Sonnengesangs aus Assisi erscheint dieses strahlende Gedicht von ihr:

Preisen  
die Erde  
und ihre unaufhörlichen Wunder

Sonne Mond Gestirne  
und was dahinter  
dichtet

Die Menschenbrüder  
aufnehmen  
im Herzgefäß  
unsre winzige Ewigkeit

(Gedichte 1980–1982, 106)

Glanz wob um ihre Gedichte, auch wenn ihre Lyrik insgesamt kein «Buch des Glanzes» war, sondern das Eingedenken dieser Welt, dieser verlorenen Welt. Dichtung verstand sich hier als «das Glanzwort eines sterbenden Sterns». Unaufhörlich hat Rose Ausländer davon gesprochen, in immer neuen Bildern, nachsinnend und voraussinnend. Denn sie lebte nicht allein für die Vergangenheit, sie lebte auch für die Zukunft, und dadurch erschien sie mit wachsenden Jahren immer jünger.

#### Czernowitz – Stadt ihrer Geburt und ihres Ghettos

Am 11. Mai 1901 war sie als *Rosalie Beatrice Scherzer* in Czernowitz zur Welt gekommen, der Stadt am Pruth, «der Stadt der Schwärmer und Anhänger», wie sie einmal bemerkte. Damals war Czernowitz noch Metropole eines Kronlandes der Habsburger Monarchie, der waldreichen Bukowina, später – 1918 – wurde sie zum Zentrum des nun rumänischen Landes. Wer in Czernowitz aufwuchs, wurde im Abseits groß, fern der tonangebenden und sehnsüchtig verehrten Stadt Wien. Daher mußte man sich Kultur innerhalb der eigenen Reihen erschaffen, in Cafés und Clubs, bei privaten Lesungen und Anlässen. Anregend wirkte zudem das «barocke Sprachmilieu». Die etwa 160000 Einwohner der Stadt setzten sich aus Deutschen, Ukrainern, Juden, Rumänen sowie Minderheiten von Polen und Ungarn zusammen. Aus dieser «mythisch-mystischen Sphäre» – so Rose Ausländer – stammen Lyriker wie *Paul Celan* und die erst vor einigen Jahren entdeckte *Selma Meerbaum-Eisinger*, ferner die für das Ostjudentum so wichtigen Gestalten wie Alfred Margul-Sperber, Itzig Manger, Immanuel Weissglas, Elieser Steinbarg. Rose Ausländer selbst wuchs mit der deutschen Sprache auf, besaß überdies seit ihrer Kindheit Kenntnisse im Hebräischen und Jiddischen. Ihr Vater, Sigmund Scherzer, war noch am Hof des Wunderrabbi von Sadagora, dem «kleinen Vatikan», wie die Bezeichnung liebevoll-spöttisch lautete, aufgewachsen, und er gab der Tochter die Erinnerung an diese fast märchenhaft orientalische Welt mit, auch wenn er später die liberalere Haltung des westeuropäisch orientierten Juden annahm.

#### Vermächtnis

Aus der Wiege  
fiel mein Augenaufschlag  
in den Pruth

Ich zähle  
meine Besitztümer  
sieben Romhügel  
fünfundzwanzig abstrakte Sterne aus Amerika  
ein umstrittenes Jerusalem  
mein Grab in der Bukowina

Gestern Eisrosen  
im Gettofenster  
heute sind mir  
die Dornen gut

Meine Zukunft  
vermach ich  
den Zigeunern  
den goldäugigen

verachteten Wanderern  
die aus der Zukunft  
leben  
aus der Hand in den Mund

aus dem Mund  
in die Zukunft

(Gedichte und Prosa 1966–1975, 55)

Nach dem Besuch des Lyzeums studierte Rose Ausländer Literaturwissenschaft und Philosophie an der Universität ihrer Heimatstadt. 1920 starb ihr Vater, und die Familie geriet in materielle Schwierigkeiten. Man beschloß, daß die Tochter in die USA auswandern sollte, wo bereits Verwandte der Familie lebten. Der Studienfreund, *Ignaz Ausländer*, schloß sich an. Beide reisten im April 1921 in die Staaten und heirateten im Oktober 1923, trennten sich jedoch drei Jahre später wieder. Rose Ausländer blieb noch bis 1931 in Amerika, kehrte dann in die Bukowina zurück, um ihre kranke Mutter zu pflegen. Sie schrieb auch viel in diesen Jahren, und 1939 erschien noch ihr erster Gedichtband in Czernowitz, «Der Regenbogen». Weitere Publikationen waren danach unmöglich. Czernowitz wurde 1941 von den Nationalsozialisten besetzt, die sofort für die Juden der Stadt – der jüdische Bevölkerungsanteil machte ungefähr ein Drittel aus! – ein Ghetto errichteten. Rose Ausländer lebte fortan während drei Jahren, zusammen mit Mutter und Bruder, in einem Kellerversteck, immer zwischen unsäglicher Angst und verrückter Hoffnung hin und her gerissen, während die Deportationen liefen. Bis 1941 hatte sie noch Privatunterricht in Englisch gegeben, nachher bestritt sie ihren Lebensunterhalt notdürftig mit dem Verkauf von Kleidern und Familienschmuck. Wie die Situation dieser Jahre im Czernowitzer Ghetto beschaffen war, hat *Israel Chalfen*<sup>1</sup>, der Biograph der Jugendzeit Paul Celans, eindrücklich geschildert, und man kann daraus auch ein Bild für die Lebensumstände Rose Ausländers oder Selma Meerbaum-Eisingers gewinnen. Alle haben in dieser Zeit auch und erst recht geschrieben. «Und während wir den Tod erwarteten, wohnten manche von uns in Traumworten ... Schreiben war Leben. Überleben», fügt Rose Ausländer in ihren Erinnerungen an. Man mag hier an die chassidische Legende denken, die Elie Wiesel in seinen Essays «Macht Gebete aus meinen Geschichten»<sup>2</sup> mitteilt: Nicht die Arche habe Großvater Noah gerettet, sondern das Wort, denn im Hebräischen bedeutet «Tewah» sowohl Arche als auch Buchstabe. Um Noah vor der Sündflut zu retten, befahl ihm Gott, sich eine Sprache zu machen, die ihm als Obdach und Zuflucht dienen werden. – Im Zyklus «Gettomotive» findet sich dieses Gedicht Rose Ausländers:

#### Mit giftblauem Feuer

Sie kamen mit giftblauem Feuer  
versengten unsere Kleider und Haut.

Der Blitz ihres Lachens schlug an unsre Schläfe  
unsere Antwort war der Donner Jehovas.

Wir stiegen in den Keller, er roch nach Gruft.  
Treue Ratten tanzten mit unsern Nerven.

Sie kamen mit giftblauem Feuer unser Blut zu verbrennen.  
Wir waren die Scheiterhaufen unserer Zeit.

(Gedichte 1927–1956, 157)

#### Als Überlebende: «ich wohne nicht, ich lebe»

1945 gehörte Rose Ausländer zu den etwa sechstausend überlebenden Juden aus Czernowitz, das zuvor sechzigtausend Juden gezählt hatte. Enttäuscht von der neuen sowjetischen Herrschaft, die Czernowitz und die Bukowina zu einem Gebietsteil der Ukrainischen Sowjetrepublik erklärte, emigrierte die Dichterin 1946 ein zweites Mal in die USA. Bis 1963 hielt sie sich in New York auf und arbeitete hier als Sekretärin, Korrespondentin und Übersetzerin. Allerdings fand sie weit weniger An-

<sup>1</sup> Israel Chalfen, Paul Celan. Suhrkamp-Taschenbuch 1983.

<sup>2</sup> Herder Verlag, Freiburg i. Br. 1986.

schluß als während ihres ersten USA-Aufenthaltes Jahrzehnte früher, sondern sie lebte als Außenseiterin und verkehrte ausschließlich in Emigrantenkreisen. Sie schrieb wieder Gedichte, die aber nicht nach Europa drangen; auch publizierte sie englischsprachige Verse im Rundfunk und in der Presse. Ende 1961 mußte Rose Ausländer wegen einer Krankheit endgültig ihre Tätigkeit als Fremdsprachenkorrespondentin aufgeben. Sie lebte nun von einer kleinen Altersrente und den gelegentlichen Honoraren aus ihren Publikationen. Auch versuchte sie, als Verfolgte des Naziregimes anerkannt zu werden und von der BRD eine Entschädigung zu erhalten. Nach einem langwierigen Verfahren wurden ihr eine Entschädigung und eine Rente zugesprochen. 1963 kehrte die Autorin nach Europa zurück; verblieb vorerst in Wien, wo sie sich allerdings sehr einsam fühlte, bis sie 1965 nach Düsseldorf übersiedelte, ihrer letzten Bleibe.

#### Biographische Notiz

Ich rede  
 von der brennenden Nacht  
 die gelöscht hat  
 der Pruth  
 von Trauerweiden  
 Blutbuchen  
 verstummtem Nachtigallsang  
 vom gelben Stern  
 auf dem wir  
 stündlich starben  
 in der Galgenzeit  
 nicht über Rosen  
 red ich  
 Fliegend  
 auf einer Luftschaukel  
 Europa Amerika Europa  
 ich wohne nicht  
 ich lebe

(Gedichte und Prosa 1976, 212)

#### 1957: Wiederbegegnung mit Paul Celan

Wenn man annimmt, Rose Ausländers dichterische Entwicklung habe sich kontinuierlich vollzogen, so täuscht man sich. Zwar hatte sie schon in den Anfängen der vierziger Jahre begonnen, Reim und gebundene Form aufzubrechen, denn der Schmerz dieser Zeit diktierte ihr eine neue Sprache. Die alten Ordnungen mußten zerfallen. Doch die eigentliche Zäsur markierte das Jahr 1957. Damals befand sich Rose Ausländer auf einer Europareise und suchte u. a. in Paris ihren Landsmann Paul Celan auf. Es war eine Wiederbegegnung, denn die beiden hatten schon im Czernowitzer Ghetto Kontakte miteinander unterhalten, aber es war auch eine Neubegegnung, die Rose Ausländer gleichzeitig faszinierte und verstörte. Sie erhielt Einblick in das Schaffen jenes Lyrikers, der wohl am extremsten die Möglichkeiten lyrischer Sprache erprobt hatte, bis er an die Grenzen des Verschweigens stieß. Und sie erhielt weiterhin Einblick in Zeugnisse der deutschsprachigen Literatur der Nachkriegszeit überhaupt: Sie las wohl Gedichte der Ingeborg Bachmann, Nelly Sachs, Marie Luise Kaschnitz, von Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger u. a. m. Diese Konfrontation legte ihr, die in Amerika den Anschluß an die moderne deutschsprachige Lyrik verpaßt hatte, unbarmherzig den eigenen Standort bloß, der ihr nun als rückschrittlich erschien. Aber die Krise gestaltete sich für sie, die sich ihre entschiedene Vitalität bewahrt hatte, zum kreativen Umbruch. Allmählich entdeckte sie für sich eine neue Sprache, einen neuen Ausdruck. Alles strebte jetzt nach größerer Verknappung und Verdichtung, die langen Zeilen und ausufernden Gedichte reduzierten sich nun dra-

stisch, die Bildwelt schloß sich zum Kreis jener für sie typischen und immer wiederkehrenden Metaphern zusammen, das melodische Element wagte sich stärker hervor. – Im Zusammenhang mit dieser für sie bedeutsamen Celan-Begegnung mag es interessant erscheinen, ein Gedicht aus dem 1939 noch in Czernowitz erschienenen Gedichtband «Der Regenbogen» herauszugreifen. (Die Veröffentlichung hatte damals kaum noch Resonanz, denn in Rumänien selbst war das Buch einer deutschsprachigen Schriftstellerin wegen der zunehmenden Rumänisierung unerwünscht, und das nationalsozialistische Deutschland ignorierte schlichtwegs die Jüdin, während einzig die Schweiz mit einigen sehr guten Kritiken reagierte.) Das Gedicht «Ins Leben» enthält nämlich jenes Bild der «schwarzen Milch», das später auch in Paul Celans wohl bekanntestem Gedicht «Todesfuge» auftaucht («Schwarze Milch der Frühe wir trinken sie abends ...», so leitet Paul Celan sein Gedicht «Todesfuge» aus dem Band «Mohn und Gedächtnis», erschienen 1952, ein). Die so auffällige Chiffre ist mit Gewißheit als Rose Ausländers Schöpfung anzusprechen – schwierig faßbar in ihrer Bedeutung, rätselhaft schon hier und vom Kontext her nur ahnungsweise aufzuschlüsseln:

#### Ins Leben

Nur aus der Trauer Mutterinnigkeit  
 strömt mir das Vollmaß des Erlebens ein.  
 Sie speist mich eine lange, trübe Zeit  
 mit schwarzer Milch und schwerem Wermutwein.

In ihrem Leibe wachs' ich wie ein Kind,  
 gehüllt in Nachtgesang und Schattenraum,  
 bis meine Leiden reif und sehend sind  
 und mich der Schoß hinausstößt aus dem Traum.

Da stürzen alle Wege auf mich zu,  
 und jeder nimmt mich in sein Anderssein.  
 Und Abende stehn groß in goldner Ruh  
 wie Engel um meine verklärte Pein.

(Gedichte 1927–1956, 66)

Die späte Lyrik Rose Ausländers hält die großen Spannungen ihrer kontrastierenden Themen aus: Liebe und Abschied, Heimweh und Zukunftsluft, Schmerz und Freude, Zerstörung und Auferstehung stiften die Dichterin immer wieder zur lyrischen Notiz an. Aber die Gegensätze streben bei ihr nicht auseinander, sondern scheinen sich in einer hoffnungs- und liebe-reichen coincidentia oppositorum zu finden. Liebe zumal ist das Schlüsselwort dieser Dichterin, die uns – einem Ausspruch der Else Lasker-Schüler gemäß – «zwanzig und zweitausend Jahre alt» erscheint. Sie ist – ähnlich wie Else Lasker-Schüler, wie die kurz vor ihr verstorbene österreichische Lyrikerin Christine Busta – im Alter auch und erst recht eine Liebende, die dem Leser eine große Zahl jener Gedichte hinterlassen hat, die man noch immer als Liebesgedichte bezeichnet. Aber auch eines wie dieses:

#### Wunsch II

Ich möchte mich  
 ins wahre Leben  
 schreiben

Kein Ziel  
 nur Wege die  
 zu Worten führen

Spuren auf die  
 man sich verlassen kann

(Gedichte 1980–1982, 340)

*Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern*

#### Ausgewählte Werke

Gesammelte Werke in 7 Bänden. Hrsg. von H. Braun. Frankfurt 1984ff.:

1. Die Erde war ein atlasweißes Feld. Gedichte 1927–1956. Frankfurt 1985.
2. Die Sichel mäht die Zeit zu Heu. Gedichte 1957–1965. Frankfurt 1985.
3. Hügel aus Äther unwiderruflich. Gedichte und Prosa 1966–1975. Frankfurt 1984.
4. Im Aschenregen die Spur deines Namens. Gedichte und Prosa 1976. Frankfurt 1984.
5. Ich höre das Herz des Oleanders. Gedichte 1977–1979. Frankfurt 1984.
6. Wieder ein Tag aus Glut und Wind. Gedichte 1980–1982. Frankfurt 1986.
7. Und preise die kühlende Liebe der Luft. Gedichte 1983–1987. Erscheint in Frankfurt Herbst 1988.

Ebenfalls im S. Fischer Verlag erschienen:

Mein Venedig versinkt nicht. Gedichte. Frankfurt 1982.

Mein Atem heißt jetzt. Gedichte. Frankfurt 1987.

Ich spiele noch. Neue Gedichte. Frankfurt 1987.

In der Fischer-Taschenbücherei erschienen:

Ich zähl' die Sterne meiner Worte. Gedichte. Nachw. von H. Braun. Bericht von R. van Hoghe. FTB 5906, Frankfurt 1987.

Im Atemhaus wohnen. Gedichte. Nachwort von J. Serge. FTB 2189, Frankfurt 1987.

Mutterland/Einverständnis. Gedichte. Nachw. von H. Braun. FTB 5775, Frankfurt 1986.

In Auswahl erschienen u. a. in anderen Verlagen:

Noch ist Raum. Gedichte. Gilles & Francke 1976.

Ohne Visum. Poesie und kleine Prosa. Sassafras 1974.

36 Gerechte. Gedichte. Gilles & Francke 1975.

So sicher atmet nur Tod. Gedichte. Hrsg. von H. Braun und K. Flicker. Pfaffenweiler Presse 1983.

## Erste Schritte auf dem gemeinsamen Weg

Tagung der Ökumenischen Versammlung in der DDR (12.–15. Februar 1988)

Das junge Mädchen im Chorraum der Dresdner Kreuzkirche sprach frei, war katholisch und zudem auch noch hübsch. Es hatte kein «Mandat» der Bischofskonferenz, dafür aber den Mut, eine befreiende Wahrheit auszusprechen. Als es auf der großen, selbstgebastelten Laterne seiner Gruppe das Symbol des Dresdner Katholikentreffens von 1987 erläuterte, zitierte es Bischof Wanke aus Erfurt: «Eine Christenheit, die Gott vergessen hat, kann auch nichts zu den großen Fragen und Problemen sagen, die heute die Menschen bewegen.» Dann wörtlich: «Wir wollen diesen Satz auch umgekehrt gelten lassen: Eine Christenheit, die nichts zu den großen Fragen der Menschheit heute sagt, hat Gott vergessen. Wir danken der evangelischen Kirche, daß sie uns geholfen hat, mutiger zu werden. Wir sind froh, nicht mehr nur «Beobachter» sein zu müssen. Wir wollen in allen Bereichen Verantwortung für diese Welt mittragen.»

An dieser Stelle hätten die 26 katholischen Vertreter in der Ökumenischen Versammlung, die zusammen mit den 120 anderen Delegierten an dem traditionellen Gottesdienst zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 teilnahmen, eigentlich klatschen müssen. Doch keine Hand regte sich. Daß die volle Teilnahme der katholischen Kirche an der «Ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» irgend etwas mit Ermutigung oder gar Hilfe durch die evangelischen Kirchen zu tun haben könnte, war ein unkonventioneller Gedanke, den auszusprechen nur außerhalb des «offiziellen» Programms vorstellbar war – im Saal der Christuskirche, dem Ort der Plenarsitzungen, herrschten strengere Regeln. Als offizielles Treffen von 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften in der Trägerschaft der «Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR» (AGCK) orientiert sich die Ökumenische Versammlung an bewährter ökumenischer Praxis. Die Souveränität der beteiligten Kirchen hinsichtlich Teilnahme, Delegierungen und Inkraftsetzung von Ergebnissen bleibt unangetastet. Auf keiner anderen Grundlage wäre das Regional-Forum von Dresden, bisher noch nie erreichte Breite des ökumenischen Dialogs zwischen Kirchen in der DDR, zu haben gewesen.

#### Vorgeschichten

Daß der katholischen Kirche die Entscheidung zur vollen Mitarbeit nicht leichtgefallen ist, zeigt deren später Zeitpunkt. Buchstäblich in letzter Minute, mit Beschluß der Berliner Bischofskonferenz vom 1. Dezember 1987, ist sie vom «Beobachter» zum Mitveranstalter der Versammlung übergewechselt. Damit hat sich die Hoffnung vieler Christen in der DDR «auf eine umfassende ökumenische Beteiligung» (Synode des Bundes, 1986) erfüllt. Jetzt in Dresden wollte niemand von den katholischen Vertretern mehr auf das leidige Thema «Beobachterstatus» angesprochen werden. Hatte nicht die Vorberei-

tungsgruppe der Versammlung mit dem Angebot von 25 katholischen Delegiertenplätzen von insgesamt 150 – das bedeutet die größte Delegierten-Zahl pro Kirche überhaupt – bereits alle Wege für eine volle Beteiligung der katholischen Kirche geebnet? An Entgegenkommen evangelischer Mitglieder in der Vorbereitungsgruppe mangelte es jedenfalls nicht. Umgekehrt wurde den katholischen Vertretern, im Herbst 1987 noch als «Beobachter» dabei, eine konstruktive Rolle bei den Vorbereitungen bescheinigt.

Nicht zu vergessen die eigene, katholische «Basis». Während des Dresdner Katholikentreffens im Juli 1987 war in mehreren Delegiertengruppen Kritik an der Entscheidung für den «Beobachterstatus» laut geworden; der Referent der Themengruppe Frieden widmete dem Problem sogar einen eigenen Unterpunkt und räumte ein, in dieser Frage sei sicher «noch nicht das letzte Wort gesprochen». Briefe von Pfarrgemeinderäten und katholischen Gruppen, wie der des «Aktionskreis Halle» (AKH) vom 10. Juni 87, dürften den Sinneswandel schließlich mit befördert haben. Letzte Einwände sind Ende November beim Ad-limina-Besuch der DDR-Bischöfe in Rom ausgeräumt worden. Zu diesem Zeitpunkt war intern bereits klar, daß der Vatikan nicht Mit-Träger und -Veranstalter der für 1990 geplanten ökumenischen Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sein würde. Statt dessen sollten die katholischen Ortskirchen in aller Welt zur Beteiligung an regionalen Foren und Versammlungen ermuntert werden. Also «grünes Licht» auch für die DDR.

Die katholische Kirche befindet sich damit in einer für ihre Verhältnisse neuen und ungewohnten Haftungsgemeinschaft mit allen anderen Kirchen im Lande. Sie hat die Chance, ihren selbstgesetzten Anspruch, «katholische Weltkirche in einem Land» (Pastoralschreiben vom September 1986) zu sein, unter ganz neuen Bedingungen und in einem Feld von bisher weitgehend unbearbeiteten Sachfragen unter Beweis zu stellen. Am 3. Adventssonntag 1987 wurde der offizielle «Aufruf der Berliner Bischofskonferenz an die katholischen Gemeinden zur Mitwirkung bei der Vorbereitung der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» als Kanzelabkündigung verlesen (vgl. TAG DES HERRN Nr. 1 vom 2. 1. 1988). Die Bischöfe übernahmen die beiden Fragen, die bereits im gemeinsamen Aufruf der Vorbereitungsgruppe vom Oktober 1987 «Eine Hoffnung lernt gehen» an alle Christen, Gemeinden und engagierten Gruppen gerichtet worden waren: «Welche Aufgaben der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfungsbewahrung soll die Versammlung beraten? Was sollen Christen und ihre Kirchen in der DDR in diesen Aufgabebereichen tun?»

In der Ökumenischen Versammlung läßt sich die Berliner Bischofskonferenz durch ihre offizielle Arbeitsgruppe «Iustitia et Pax» vertreten. Da diese Arbeitsgruppe aber nur acht reguläre

Mitglieder hat – je ein Priester pro Jurisdiktionsbezirk –, mußten die inzwischen 26 zustehenden Plätze durch eine zeitweilige Aufstockung der Mitgliederzahl der Arbeitsgruppe erreicht werden. In einem Schnellverfahren, das lediglich Rücksprache mit anwesenden Vertretern der «Iustitia et Pax»-Gruppe zuließ, sind die 18 fehlenden Delegierten von der Bischofskonferenz noch am 1. Dezember ausgesucht und anschließend von Kardinal Meisner berufen worden. Es sind 15 «Laien», darunter sieben Frauen, und drei Priester. Zusammen mit vier zusätzlich ernannten katholischen Beratern (Prof. Feiereis, Erfurt, Dr. Hansel, Dresden, Justitiar Schröter, Erfurt und Prof. L. Ullrich, Erfurt) sind damit 30 katholische Christen offiziell in der Ökumenischen Versammlung vertreten.

### Delegierungspraxis

Obwohl in den gemeinsam verantworteten «Grundregelungen» der Ökumenischen Versammlung alle Kirchen gebeten werden, bei der Auswahl der Delegierten «Sachkompetenz» und «Engagement für die Sache der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung in Gruppen und Gemeinden» zugrunde zu legen, hat die Bischofskonferenz diese Kriterien praktisch ignoriert. Nur drei der 26 Delegierten sind Vertreter lokaler katholischer oder Basisgruppen; drei weitere sind Mitglieder des Arbeitskreises «Pacem in terris», der auf DDR-Ebene über Fragen der katholischen Soziallehre arbeitet. Zehn Delegierte traten bisher überhaupt nicht als in der Sache Engagierte in Erscheinung.

Für alle, die als katholische Christen seit Jahren in christlichen Gruppen mitarbeiten, mußte angesichts dieser Delegierungspraxis der bittere Eindruck entstehen, daß ihr Engagement von der Bischofskonferenz nicht geschätzt wird und als disqualifizierendes Merkmal bei der Delegation eingestuft worden ist. Es hat keine innerkirchliche Diskussion über die wünschenswerten Eigenschaften der katholischen Delegierten gegeben; statt dessen dominierte das Kriterium kirchlicher Zuverlässigkeit. Eine ausgeprägte Phobie vor Gruppen, die sich einer klaren kirchlichen Einordnung entziehen (und damit anfällig für Einflußnahmen «von außen» werden könnten), hat den Delegierungsvorgang vom 1. Dezember bestimmt.

Vor diesem Hintergrund ist es nur ein schwacher Trost, daß auch die Delegierungen einzelner evangelischer Landeskirchen und des Bundes der Evangelischen Kirchen von betroffenen Gruppen als zu hierarchisch-bürokratisch kritisiert worden sind. Immerhin sind durch die evangelischen Kirchen durchweg Gruppen-Vertreter in die Versammlung entsandt worden, die zuvor von den Gruppen selbst vorgeschlagen worden waren. Auf diesem Wege kam – still und unerkannt – auch eine katholische Christin mit protestantischem Ticket in die Versammlung. Insgesamt stellen die christlichen Gruppen mit etwa 35 Delegierten aus der ganzen DDR ein knappes Viertel der Teilnehmer – sie sind damit verhältnismäßig gut repräsentiert. Alle haben ein Mandat ihrer Kirchen. Es wäre falsch, die Versammlung wegen ihrer Zusammensetzung von vornherein als eine Veranstaltung «derer da oben» abzustempeln. Über den offensichtlichen «Mängeln» der Delegation darf eines nicht aus dem Blick geraten: die Ökumenische Versammlung ist als Teilschritt im konziliaren Prozeß ein Vorgang zwischen *allen* Ebenen von Kirche. Danach müssen auch alle Ebenen von Kirche handeln. Gerade darin liegt die Chance. Die Versammlung kann nur durch wechselseitiges Lernen an unvermeidbaren Konflikten ihr angestrebtes Ziel erreichen: «...ein Wort zu sagen, das uns bindet und verpflichtet und für die Welt ein Zeugnis unseres gemeinsamen Auftrages ist» (Aufruf der Vorbereitungsgruppe).

### Kurze Vorbereitungsphase

In einer für ökumenische Prozesse zwischen Kirchen-Institutionen atemberaubend kurzen Zeit, zwischen August 1987 und Januar 1988, ist das Modell der Ökumenischen Versammlung

erarbeitet und von allen beteiligten Kirchen bestätigt worden. Wer vor fünf Jahren behauptet hätte, daß neunzehn Kirchen und kirchliche Gemeinschaften aus der DDR dreieinhalb Tage lang zu gemeinsamem Beten und Arbeiten über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einträchtig unter einem Dach zusammenfinden würden, hätte als Antwort vermutlich nur ungläubiges Kopfschütteln oder demonstrative Ablehnung geerntet. Aber die drängende Ungeduld der Dresdner Initiatoren hat sogar eine so vorsichtige Institution wie die «Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR» in Bewegung versetzt. Dresden war das erste Regional-Treffen innerhalb des konziliaren Prozesses in Europa und wahrscheinlich weltweit. Von «Weltpremiere» war denn auch gelegentlich etwas vollmundig die Rede – eine schwierige Rolle, die geeignet ist, die bekannten ökumenischen Vorbehalte gegen eine deutsche Vormundschaft im konziliaren Prozeß neuerlich zu bestätigen.

Aber auch für die Sache selbst ist die Schnelligkeit, mit der die ökumenische Hoffnung vor und in Dresden gehen lernte, nicht unproblematisch. Keiner der 146 Delegierten und 18 Berater kann zur Stunde wissen, ob sie auch ihr Ziel erreichen wird. «Wir gehen einen Weg zwischen Utopie und Resignation. Wir sind ... nicht sicher. Nur wenn wir mit großer Illusionslosigkeit um unsere Grenzen wissen, werden wir unsere Möglichkeiten erkennen und tapfer ergreifen können», sagte Superintendent Christof Ziemer, Leiter der Vorbereitungsgruppe und Vorsitzender des Präsidiums. Die Versammlung hat nur ein gutes Jahr Zeit, bis ihre Arbeit abgeschlossen sein muß, um im Mai 1989 in die «Europäische Ökumenische Versammlung *Frieden in Gerechtigkeit*» in Basel einzumünden.

Dennoch kann Dresden für den konziliaren Prozeß, der in den vier Jahren nach Vancouver auf Weltebene bestenfalls im Bummelzugtempo vorangekommen ist, eine nützliche Erfahrung vermitteln: «... im eigenen Haus zu verwirklichen, was wir von einer ökumenischen Weltversammlung erwarten» (Aufruf der Vorbereitungsgruppe).

### Über 10000 Vorschläge

Der Ansatz «im eigenen Haus» hat die erste Sitzung der Versammlung weitgehend bestimmt – und so dafür gesorgt, daß der konziliare Prozeß in der DDR vom Kopf auf die Füße kommt. Die Konstrukteure der Versammlung hatten Christen, Gemeinden und engagierte Gruppen aufgefordert, sich an der Vorbereitung durch eigene Vorschläge zu den drei großen Themenbereichen zu beteiligen und die Aufgaben von Christen und Kirchen in diesen Fragen zu benennen. Bis zum Beginn der ökumenischen Versammlung waren über 10000 Vorschläge eingegangen, von denen knapp 7000 noch vorher erfaßt und ausgewertet werden konnten. Damit hatte die Versammlung nicht nur eine überraschend breite Legitimation von der kirchlichen Basis her erhalten; ihr wurden zugleich auch wichtige inhaltliche Vorgaben für die Sacharbeit in den drei Themenbereichen mit auf den Weg gegeben. Was die Christen in der DDR im konziliaren Prozeß als ihre Anliegen zur Sprache bringen wollen, ist an den eingesandten Vorschlägen ablesbar.

► Im Themenbereich Gerechtigkeit liegt der Schwerpunkt mit 1650 Einsendungen deutlich bei der Frage der Gerechtigkeit in der DDR-Gesellschaft. 650 Zuschriften befassen sich mit der Frage weltweiter sozialer Gerechtigkeit und 472 Vorschläge mit dem Problem der Gerechtigkeit in der Kirche. Während 23 Einsender den Zusammenhang von lokaler und globaler Dimension der Gerechtigkeit ausdrücklich behandelt wissen wollen, benennen 516 Vorschläge partizipatorische Defizite in Erziehung, Ausbildung und Berufsleben der DDR. 53 Einsendungen befassen sich mit der Frage der Gleichberechtigung von Ausländern, die in der DDR leben; 195 Zuschriften kreisen um die Probleme Abgrenzung, Reisen und Ausreisen von DDR-Bürgern. In ihrer Trendeinschätzung von ca. 2800 Vorschlägen kommt die vorbereitende Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, daß sehr viel «gefordert» wird und daß biblisch-theologische Fragestellungen zur Gerechtigkeit fast völlig fehlen.

► Im Themenbereich Frieden entfallen von insgesamt etwa 2500 Vor-

schlagen 220 auf den politischen Fragenkreis Krieg, Rüstung und Abrüstung, 945 auf den Themenkomplex Wehrdienst/vormilitärische Ausbildung und 1065 auf den Schwerpunkt Friedenserziehung. Während die im Kirchenbund seit 1982 diskutierte Formel «Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung» in ganzen 17 Vorschlägen auftaucht, findet die Überwindung von Feindbildern und Haßerziehung 200 unterstützende Zuschriften; ebenfalls 200mal wird die Abschaffung der Wehrerziehung an den Schulen gefordert. 11 Einsender befürworten eine Kooperation von Christen und Marxisten in der Friedensfrage; 15 möchten dagegen den christlichen Friedensbegriff «klären und abgrenzen». Mit 520 Vorschlägen liegt die Forderung nach Einführung eines zivilen Ersatzdienstes und die Anerkennung des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung einsam an der Spitze.

► Im Themenbereich Bewahrung der Schöpfung mit insgesamt 1459 Einsendungen fordern 490 Vorschläge einen besseren öffentlichen Zugang zu Informationen über den Zustand der Umwelt; 251 erwarten Aufklärung und Bewußtseinsbildung im Bereich des Bildungswesens. 161 Einsender betonen die Notwendigkeit eines «Wertwandels» in Richtung Ökologie vor Ökonomie; 358 sprechen sich gegen Konsumismus und für einen neuen persönlichen Lebensstil aus. Die Palette der Einzelthemen reicht von der Energie mit 135 Vorschlägen über die DDR-Preispolitik mit 87 bis zum Schutz des ungeborenen Lebens mit 193 Einsendungen. Eine erste Auswertung zeigt, daß die Auseinandersetzung mit dem Thema Umwelt/Schöpfung weithin erst am Anfang steht und durch mangelnden Zugang zu relevanten Informationen beeinträchtigt wird.

Der Schwerpunkt der Vorschläge liegt deutlich bei «DDR-spezifischen» Problemen vor weltweiten Fragen. Die Mehrzahl der Einsendungen basiert auf signifikanten Defizit-Erfahrungen im Bereich persönlichen und gesellschaftlichen Friedenshandelns, auf dem weiten Feld gesellschaftlicher Partizipation und staatsbürgerlicher Mündigkeit und Mitverantwortung. Die Ökumenische Versammlung wird zur Artikulation tiefsitzender gesellschaftlicher Unzufriedenheit in Anspruch genommen – nicht als «Klagemauer», wohl aber als Hoffnungssymbol für die Möglichkeit von Veränderungen. Es gibt sichere Hinweise darauf, daß auch Nichtchristen sich durch den Aufruf eingeladen fühlen, ihre Anliegen mitzuteilen.

#### «Zeugnisse der Betroffenheit» und konsensfähige Aussagen

Die «spezifische Situation unserer Gesellschaft im globalen Zusammenhang aufzugreifen», hatte Superintendent Ziemer als Aufgabe der Dresdner Versammlung bezeichnet und hinzugefügt: «Wir werden dabei die Spannung zwischen den globalen und den lokalen Aspekten aushalten und fruchtbar machen müssen.» Deshalb waren an den Anfang der eigentlichen Sacharbeit neun persönliche «Zeugnisse der Betroffenheit» gestellt worden. In öffentlicher Sitzung vorgetragen, haben diese Zeugnisse den Ausgangspunkt des gemeinsamen Arbeitens noch einmal scharf umrissen: Es geht zuerst um die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, Friedlosigkeit und Schöpfungsvergessenheit im eigenen Land. Das Benennen verschiedener «heißer Eisen» wie Ausländerfeindlichkeit, Wehrdienstfragen, Abgrenzungspraxis nach außen und innen, Schutz des ungeborenen Lebens, Uranbergbau und seine Folgen hat noch einmal daran erinnert, daß der konziliare Prozeß kein billiges Ablenkungsmanöver von jenen gesellschaftlichen Schmerzstellen ist, an denen Menschen in der DDR heute leiden und die zukünftiges Leben in all seinen Dimensionen behindern. Der «gemeinsame Weg» der Christen und Kirchen in der DDR muß allerdings zu einem echten, den Blick weitenden Lernweg werden, auf dem die weltweiten Nöte zum kritischen Maßstab für den Umgang mit den eigenen Nöten werden. Betroffenheit ist unteilbar. Die jetzt beginnende Sacharbeit der Ökumenischen Versammlung wird zeigen, ob die «Zeugnisse der Betroffenheit» lediglich Ausdruck provinzieller DDR-Fixierung waren oder ob sie die unerläßlichen Katalysatoren für globale Mißstände auf lokaler Ebene sind. Der Ausgangspunkt der Ökumenischen Versammlung wird nicht ihr Endpunkt sein.

Als zusätzlichen Anhaltspunkt für die thematische Arbeit hatte die Vorbereitungsgruppe den bereits erkennbaren «Konsensstand» an-

## Gerhard und Norbert Lohfink im Verlag Herder



Neu!

240 Seiten, Paperback  
28,— DM/25.90 Fr.  
ISBN 3-451-20165-8

An der Bergpredigt scheiden sich nach wie vor die Geister. Für die einen verlangt sie Friedensmärsche und politische Aktivitäten, für die anderen gilt sie nur im privaten Bereich. Beide Positionen haben sich als unzureichend erwiesen. Gerhard Lohfink zeigt von den Texten der Bibel her einen „dritten“ Weg, der die rein politische wie die privatistische Sicht weit übersteigt und doch beide Positionen in ihre Wahrheit bringt.



Sonderausgabe!

192 Seiten, Paperback  
nur 12,80 DM/12.80 Fr.  
ISBN 3-451-21254-4

Immer noch verlassen viele Christen die Kirche, die für sie zur Amtskirche wurde – oder zur Service-Kirche. Dabei könnte eine lebendige Kirche zum Schlüssel des Heils in einer heillosen Welt werden. Wie sie auszusehen hätte, rekonstruiert Lohfink nach Zeugnissen des AT und NT. In diesem Buch wird für einen Traum geworben. Es ist Gottes uralter Traum von einer neuen Kirche.

hand von offiziellen Äußerungen aller beteiligten Kirchen ermitteln lassen. Nach Sach Gesichtspunkten geordnet, fanden die Delegierten in ihren Unterlagen drei Dossiers vor, die – erstmals für die Kirchen in der DDR – eine Zusammenstellung aller kirchlichen Aussagen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung bieten. Angesichts der inhaltlichen Vielfalt der eingegangenen Vorschläge stellen diese «Konsens-Papiere» wichtige Orientierungsmarken für die Sacharbeit dar: Sie zeigen, was bereits ausgesagt worden ist, worauf Bezug genommen werden kann und wie breit oder schmal der Grad der Übereinstimmung in einzelnen Fragen, z. B. der nuklearen Abschreckung, der Weltwirtschaftsproblematik oder der friedlichen Nutzung der Kernenergie, bereits ist. So sind im Themenbereich Frieden 78 Dokumente der beteiligten Kirchen analysiert worden. Für konsensfähig hält die Auswertung z. B. die Aussage «Angesichts der unabsehbaren Folgen eines Krieges ist es heute nicht mehr möglich, von «gerechten Kriegen» zu sprechen.» Als konsensbedürftig wird die Frage angesehen: «Welche Bedeutung haben die Mittel der Kriegsführung für das Recht auf Verteidigung, wenn durch Verteidigung voraussehbar zerstört wird, was verteidigt werden soll?»

In einer Reihe wichtiger Punkte hat die Zusammenstellung der kirchlichen Texte gezeigt, daß die Übereinstimmung auf dieser Basis oft bereits größer ist als vorher angenommen. Für das Ziel der Versammlung, ein bindendes und verpflichtendes Wort zu sagen, kann die Arbeit mit den Texten sehr nützlich sein. Sie markieren Gemeinsamkeiten im Ansatz, hinter die die Ökumenische Versammlung nicht zurückfallen darf, die sie vielmehr produktiv erweitern muß.

### Ökumene als Gemeinschaft von Suchenden

Der Psychiater Dr. Ludwig Drees (Stendal) hat die Frage nach dem geistig-geistlichen Ort der Ökumenischen Versammlung mit einer Diagnose eigener Umkehr – Unfähigkeit vor den gegenwärtigen Herausforderungen – zu beantworten versucht. Seine Reflexion vor Beginn der eigentlichen Arbeit hat den tiefen Zwiespalt zwischen Wirklichkeitserkenntnis und Veränderungsbereitschaft auf die Angst, «zu kurz zu kommen», zurückgeführt. Nicht die «objektiven», existentiellen Bedrohungen des Lebens machten den Menschen Angst, sondern die Sorge, im Sich-Einlassen auf das jetzt Notwendige das «wirkliche Leben» zu verfehlen. In fünf «Verlust-Ängsten» hat Drees die Gründe zusammengefaßt, die Menschen hindern, sich ihrem Wissen gemäß zu verhalten: Angst vor der eigenen Bedeutungslosigkeit nach Verlust von Macht und Überlegenheit; Angst vor der Gefahr des Verlustes von Gemeinschaft und Geliebtwerden; Angst vor der Möglichkeit des Scheiterns auf dem Weg der Veränderung; Angst vor der inneren Leere, ohne die nichts Neues entstehen kann; Angst vor der Selbständigkeit des eigenen ersten Schrittes, der nicht auf das Vorausgehen z. B. der Kirche wartet.

Wirkliche Veränderung sei möglich, bedeute aber Befreiung von der Angst und darin das Wagnis einer «Erneuerung von innen»; sie gebe der Selbsterfahrung den Vorrang vor Anklage und Aggression. Von der Ökumenischen Versammlung erwarte er dreierlei: die Wahrheit über dieses Land und über die Kirche in diesem Land; ein Geständnis, daß wir selber Suchende sind und der geistigen Erneuerung bedürfen, und ein Sprechen zu allen Menschen in der DDR. Ökumene sei «die Gemeinschaft von Suchenden in den Herausforderungen, denen wir alle nicht mehr gewachsen sind».

Die Überlegungen von Drees haben auf die Arbeit der Delegierten zunächst einmal dadurch anregend gewirkt, daß sie die Herausforderung des «gemeinsamen Weges» erfreulich untheologisch (und für viele gerade darin provozierend) beschrieben haben. Problemanalyse und Weite des Ökumene-Begriffs sind von einer Kirchen-Versammlung freilich schwer einholbar, geschweige denn einzulösen; sie machen aber den Horizont sichtbar, in dem christliches Nachdenken und Reden unausweichlich steht. Drees' Ansatz wird von vielen eingesandten Vorschlägen bestätigt: Der konziliare Prozeß artikuliert Fragen menschheitlicher Übelebens-Angst und kein christlich-kirchliches Sondergut. Er wird «konziliar» nur in dem Maße sein

können, wie er das erhoffte gemeinsame Zeugnis der Kirchen in den Horizont der erhofften Einheit der Menschheit hinein-spricht.

### Keine ökumenischen Berührungängste

Bei den Wahlen zum siebenköpfigen Präsidium setzten sich auf Antrieb jene Delegierten durch, die erkennbaren Einsatz für die Sache mit dem Vorzug ökumenischer Erfahrung verbinden – es waren ausnahmslos Männer, zwei davon Bischöfe. Erst im dritten Wahlgang rückten zwei Frauen nach. Die Kandidaten der Gruppe fielen ausnahmslos durch – Indiz für ein anfänglich verbreitetes «Sicherheitskalkül» bei vielen Delegierten und sicher auch Ausdruck tiefsitzender Ängste gegenüber «den Gruppen». Es scheint jedoch, daß deren Vertreter in den Thementauschüssen der Versammlung vertrauensbildend gegen solche Ängste arbeiten konnten. Mit 36 Frauen (= 24,7%) hat die Versammlung das selbstgesetzte Ziel einer «paritätische(n) Vertretung von Frauen und Männern» (Grundregelungen) bei weitem nicht erreicht. 49 Delegierte sind Akademiker, nicht mitgerechnet die 47 Theologen und Pfarrer. Arbeiter, Angestellte, technische Berufe und Freischaffende kommen auf 29 Vertreter, kirchliche Angestellte auf 17. Mit drei amtierenden Bischöfen, zwei Synodalpräsidenten und drei Konsistorialpräsidenten tritt der kirchenleitende Flügel markant in Erscheinung. Es war eine offene Frage, ob und wie eine Zusammenkunft von Vertretern aus neunzehn verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften, die sich zum größeren Teil noch nie zuvor begegnet waren, zu einem einigermaßen homogenen Instrument des gemeinsamen ökumenischen Anliegens werden würde. Die alphabetische Sitzordnung der Delegierten hat zur Vermischung der professionellen Stallgerüche erfreulich beigetragen; es gab keine «Fraktionen». Manche ökumenischen Berührungängste sind in diesen Tagen durch bloße persönliche Nachbarschaft abgebaut worden. Daß die Versammlung gegen Ende spürbar und hörbar zu einem eigenen ökumenischen Subjekt des Nachdenkens und Sprechens geworden war, das mehr darstellte als nur die Summe von neunzehn einzelnen Kirchen und Gemeinschaften, muß als das eigentliche geistliche Ereignis und als hoffnungsvolles Ergebnis der ersten Sitzung angesehen werden. Der Wille, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, war erkennbar stärker als alle noch vorhandenen institutionell-bürokratischen Vorbehalte. Von vielen evangelischen Teilnehmern ist in diesem Zusammenhang die offene und konstruktive Haltung der katholischen Delegierten hervorgehoben worden.

### Konzentration ist nötig

Die Tagesordnung der Versammlung war auf die Bildung von themenspezifischen Arbeitsgruppen ausgerichtet, in denen nach der ersten Sitzung die Weiterarbeit erfolgen soll. Sie hat den Delegierten kaum Zeit gelassen, alle relevanten Gesichtspunkte für die Themenfindung dieser Gruppen in Ruhe zu bedenken. Das Tempo der Tagesordnung und die innere Dynamik der Versammlung selbst liefen nicht synchron zueinander. Die schließlich gebildeten 13 Arbeitsgruppen spiegeln in ihren vorläufigen Richtungsangaben mehr den derzeitigen Problemhorizont der Delegierten wider als eine bereits nach vorne offene, gemeinsame Anstrengung um zukunftsfähige Aussagen.

Die Beschlüsse der Versammlung offenbaren bei genauerer Durchsicht eine fast enzyklopädische Breite von Themen und Fragen, zu denen nun gearbeitet werden soll. Das Problem der Konzentration auf Wesentliches und Unverzichtbares wird die Delegierten schnell einholen, ebenso die Frage, wie man das wirklich Wichtige konsensfähig formuliert. Abspecken heißt die Devise, damit nicht aus selbstorganisierter Überforderung Frustration und Enttäuschung entsteht. Die konziliare Perspektive der Arbeit darf nicht aus dem Blick geraten – sie ist und bleibt eine Zielvision, ohne die die Hoffnung nicht gehen lernen wird.

## Öffentlichkeit und Gruppen-Begleitung

Zwei Fragen haben die Versammlung auf ihrer ersten Sitzung immer wieder beschäftigt, ohne daß eine gute, überzeugende Lösung gefunden worden wäre: das Problem der weitgehend fehlenden Öffentlichkeit und – damit zusammenhängend – das Verhältnis zum «Begegnungszentrum» der Gruppen, das die Versammlung über zwei Tage lang begleitet hat.

Die Sitzungen der Ökumenischen Versammlung sind nicht öffentlich. Wie alle Delegierten wußten, ist die Nicht-Öffentlichkeit, vor allem im Blick auf Presse, Funk und Fernsehen, eine in den «Grundregelungen» niedergelegte Bedingung, die nur mit Zustimmung aller beteiligten Kirchen verändert werden kann. Die Tatsache, daß eine Versammlung mit Themen von alleröffentlichstem Interesse auf diese Weise zur «geschlossenen Veranstaltung» wird, hat mehr aus grundsätzlichen Erwägungen zu Kritik der Delegierten geführt. Denn tatsächlich waren die interessantesten Beiträge, die «Zeugnisse der Betroffenheit» und das Referat von Dr. Drees, öffentlich.

Den Kritikern ging es positiv um eine möglichst enge und intensive Verbindung von Ökumenischer Versammlung und Gemeinden; sie möchten, daß wenigstens die kirchliche Presse der DDR freien Zugang hat, um «aus erster Hand» berichten zu können. Dieses Argument ist berechtigt. Daß es dennoch allein nicht «greift», zeigt die traurige Tatsache, daß nach den ersten allgemeinen Berichten über die Konstituierung der Versammlung eine detailliertere inhaltliche Berichterstattung und Kommentierung durch staatliches Veto blockiert wurde – und weitgehend bis zur Stunde blockiert ist. Der schlechte Informationsstand der Gemeinden und Gruppen ist keine Folge mangelhafter Presse-Arbeit der Versammlung, sondern Ergebnis restriktiver «Informationspolitik».

Das «Begegnungszentrum» der Gruppen in der Versöhnungskirche, zwölf Bus-Minuten vom Tagungsort Christuskirche entfernt, dürfte im nachhinein als die erfreulichste Begleiterscheinung der ersten Sitzung der Ökumenischen Versamm-

lung überhaupt gelten. Von Freitag bis Sonntag haben hier durchschnittlich 500 bis 700 vorwiegend jugendliche Vertreter von Gruppen und Gemeinden aus Sachsen und der ganzen DDR mit eigenen Veranstaltungen die Themen der Versammlung aufgegriffen und begleitet. Das Zentrum stand in der Verantwortung der sächsischen Landeskirche, nicht der Ökumenischen Versammlung. Es kam nicht zu den vorher befürchteten Nachwirkungen der sogenannten Berliner Ereignisse vom Januar 1988. Im Gegenteil: Berliner Gruppen-Vertreter bekamen hier vorgeführt, wie man in Dresden auf kritisch-konstruktive Weise an einem Vorgang Anteil nimmt, an dem man nicht direkt teilnehmen kann, den man aber dennoch begrüßt und aktiv unterstützt.

Erst am späten Sonntagnachmittag haben zwei Vertreter der Versammlung im Auftrag des Präsidiums im Begegnungszentrum über die bisherige Arbeit der Versammlung berichtet. Zuvor hatte das Begegnungszentrum in einem Brief an die Ökumenische Versammlung von der «Betroffenheit des Nebeneinanders» geschrieben: «Wenigstens 15 Gruppen aus der ganzen DDR haben in diesen Tagen öffentlich von ihrer Arbeit berichtet und sind mit anderen in einen Dialog getreten. Wir haben mehrmals am Tag für Sie gebetet. Gerade weil uns hier eine Atmosphäre guter Offenheit umgibt, vermissen wir ein Zeichen brüderlicher Verbundenheit von Ihnen besonders schmerzlich. ... So bleibt bei aller Heiterkeit in unserer Arbeit ein Schatten von Traurigkeit, daß wir uns offensichtlich nicht besser begegnen konnten ...».

Mit diesem Brief hat das Begegnungszentrum die vorsichtig-defensive Haltung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen gegenüber den Gruppen als Ausdruck von Kleinglauben überführt. Der Brief ist ein bescheidenes, aber wichtiges Hoffnungszeichen für das Gelingen konziliarer Kommunikation in der Ökumenischen Versammlung – und darüber hinaus mit ihren kritischen Sympathisanten.

Joachim Garstecki, Teltow DDR

## Michail Gorbatschows innere Reform

Während bei uns im täglichen Gespräch und in den Nachrichtensendungen die sowjetische Außenpolitik (Abrüstungsverhandlungen, Abzug aus Afghanistan) im Vordergrund stehen, enthüllen uns die Aussagen des derzeitigen Parteichefs *Michail Gorbatschow*, und zwar in erster Linie seine *Reden*<sup>1</sup>, in etwas geschöner Form auch sein vielgekauftes Buch *Perestroika*<sup>2</sup>, daß seine außenpolitischen Initiativen von innenpolitischen Erfordernissen diktiert sind. Auf eine kurze Formel gebracht: Gorbatschow muß Geld freisetzen für eine Reform, die in erster Linie die Stagnation in der Wirtschaft überwinden soll. Diese wiederum führt er selber auf die aus der Furcht vor polizeilicher und administrativer Überwachung gewachsene Passivität breiter Bevölkerungsschichten zurück sowie auf all die Folgen überhöhter Planforderungen wie Simulierung von Planerfüllung oder gar -übererfüllung, ferner Schattenwirtschaft und Korruption. Dahinter steht der jahrzehntelange Versuch, mit zentralen Direktiven und allen Mitteln der Gewalt auf einem Territorium von enormen Unterschieden des Klimas usw. und immensen Problemen für Infrastruktur und Verkehrswesen ein Riesenreich von über hundert Völkern und ebenso vielen Sprachen (der heute noch 50prozentige Anteil der Russen ist rückläufig) zusammenzuhalten. Die Lethargie, vor allem die Scheu, Verantwortung zu übernehmen, aber auch die Unzufriedenheit im breiten Volk muß ein solches Ausmaß angenommen haben, daß selbst die Führungsspitzen der mächtigen

Geheimpolizei und der Armee, wenn teilweise auch widerwillig, grünes Licht für ein risikoreiches Programm gaben. Dessen eigentlicher Zielpunkt, die innere Reform, wird von Gorbatschow folgendermaßen definiert:

*«Wir haben (uns) die Aufgabe gestellt, Trägheit und Konservatismus zu überwinden – um jedermann über sein Selbstgefühl anzuspornen»* (Perestroika, 35).

Im weiteren umschreibt der 1985 zum Generalsekretär aufgestiegene Gorbatschow seine Reformvorstellungen mit den drei Schlagworten *Perestroika* (Umgestaltung, Veränderung), *Demokratie* und *Glasnost* (Öffentlichkeit, Transparenz). Was er mit diesen Begriffen ausdrücken will, versucht er unentwegt seinem Volk einzuhämmern. Nach seiner Ansicht ist es in der UdSSR zu einer Entfremdung der Menschen vom Kollektiveigentum gekommen, weil das gesellschaftliche und das individuelle Interesse der Werktätigen mangelhaft aufeinander abgestimmt waren. Deshalb verwandelte sich das alte System der Wirtschaftsführung, statt neue Entwicklungen zu stimulieren, zu einem Bremsfaktor, der den Fortschritt aufhielt.

*«Der Bremsmechanismus in der Wirtschaft, mit all seinen sozialen und ideologischen Folgen, führte zu bürokratisch verhärteten Strukturen und zu einer Aufblähung der Bürokratie auf allen Ebenen. Und diese Bürokratie gewann einen zu großen Einfluß auf die staatlichen, administrativen, ja selbst auf die gesellschaftlichen Angelegenheiten»* (Perestroika, 57).

An eben dieser Stelle soll die Veränderung und Umgestaltung des bestehenden Systems, kurz die *Perestroika*, einsetzen:

*«Perestroika bedeutet, die stagnierenden Prozesse zu überwinden, alles zu beseitigen, was bremst, einen zuverlässigen und*

<sup>1</sup> M. Gorbatschow, Die wichtigsten Reden. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987.

<sup>2</sup> M. Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Droemer Knaur Verlag, München 1987.

**Paul F. Knitter:**

## **Ein Gott – viele Religionen**

Gegen den Absolutheitsanspruch des Christentums. 200 Seiten, gebunden, Fr. 31.30

Durch die Relativierung der These von der Absolutheit des Christentums macht der amerikanische Theologie-Professor Heilselemente in anderen Weltreligionen transparent. Seine befreiende und zugleich praktikable These lautet: Die Öffnung der Christen auf einen globalen interreligiösen Dialog ist die einzige Chance, das Christentum so zu erneuern, dass es fähig wird, innerhalb der nicht mehr rückgängig zu machenden pluralistischen Gesellschaft partnerschaftlich mitzusprechen. An diesem Werk kann die aktuelle Diskussion nicht vorbeigehen.

**Wolfgang Bartholomäus:**

## **Unterwegs zum Lieben**

Erfahrungsfelder der Sexualität. 228 Seiten, broschiert, Fr. 25.90

Ohne den Ballast verwissenschaftlichter Sprache nimmt Bartholomäus offen, kenntnisreich und entschiedenen Stellung zu Fragen der Sexualität. Nicht zuletzt stellt er sich in seinem neuen Buch auch dem Konfliktfeld AIDS: Gerade hier beweist sich, was Sexualität als Sprache der Liebe bedeutet.

**Kösel**

*wirksamen Mechanismus zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung zu schaffen und diesem eine größere Dynamik zu verleihen» (Perestroika, 39).*

### **Demokratisierung als politische Begleitmaßnahme**

Eine solche Umgestaltung, die im eigentlichen Sinn des Wortes einer Revolution gleichkommt, verlangt jedoch nach weitestspannten politischen Begleitmaßnahmen, wenn ihr Erfolg beschieden sein soll. Und hier bringt der Parteichef den Begriff *Demokratie* ins Spiel:

*«Politische Maßnahmen sind zweifellos der wichtigste Punkt in jedem revolutionären Prozeß. Diese Wahrheit gilt gleichermaßen für die Perestroika. Daher räumen wir politischen Maßnahmen, der breiten und echten Demokratisierung, dem entschlossenen Kampf gegen schleppende Bürokratie und Gesetzesverstöße sowie der aktiven Beteiligung der Massen an den nationalen Angelegenheiten Priorität ein. Dies alles hängt mit der zentralen Frage jeder Revolution zusammen, mit der Machtfrage» (Perestroika, 65).*

*«Perestroika selbst ist nur auf der Grundlage von Demokratie möglich. Weil wir unsere Aufgabe darin sehen, die Möglichkeiten des Sozialismus zu entfalten und zu nutzen, indem wir den Faktor Mensch aktivieren, kann es keinen anderen Weg als den der Demokratisierung geben, in Verbindung mit einer Reform des Wirtschaftsmechanismus und der Wirtschaftsführung, deren Hauptelement die Förderung der Rolle der Arbeitskollektive ist» (Perestroika, 36).*

Nicht bloß Parteifunktionäre, sondern die Werktätigen selbst sollen wieder die Verantwortung für das «sozialistische Eigentum» übernehmen. Dabei scheut sich Gorbatschow keineswegs, auch «heilige Kühe» der kommunistischen Ideologie zu schlachten und unmittelbar an die delikate Frage des «sozial-

istischen Eigentums» zu rühren:

*«Die Kontrolle darüber, wer es verwaltet und wie es verwaltet wird, erfuhr eine ernsthafte Schwächung. Das sozialistische Eigentum wurde nicht selten von Ressortdenken und Lokalpatriotismus ausgehöhlt, es wurde scheinbar herrenlos, wurde kostenlos, es hatte keinen realen Besitzer und wurde in vielen Fällen zur Erzielung von nicht erarbeiteten Einnahmen benutzt» (Bericht auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 27. 1. 1988: Reden, 245f.).*

Ohne Hemmungen spricht sich Gorbatschow für die Anerkennung individueller Nebenwirtschaft und Erwerbstätigkeit, für materielle Anreize und für die Beachtung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage aus. Ja, er wagt sogar das von der Verfassung garantierte «Recht auf Arbeit», das auch jedem Faulpelz eine Anstellung sichert, mit einem Fragezeichen zu versehen. Was er einst schon in Stawropol mit Erfolg versuchte, nämlich durch privatwirtschaftliche Anreize (damals geschah dies durch Verpachtung von Kolchosboden) Leistung und Qualität zu erhöhen, soll nun offensichtlich auf Unionsebene und nicht bloß im Agrarsektor durchgeführt werden.

*«Mancher sah in den Genossenschaften und in der individuellen Erwerbstätigkeit fast schon ein Wiederaufleben der privatwirtschaftlichen Praxis. Ich denke, Genossen, daß sowohl unsere eigenen Erfahrungen als auch die Erfahrungen anderer sozialistischer Länder für die Nützlichkeit und die Notwendigkeit einer geschickten Anwendung solcher Wirtschaftsformen innerhalb des Sozialismus sprechen. Sie tragen zu einer weitestgehenden Befriedigung der vordringlichen Bedürfnisse der Menschen bei, zur Verdrängung der «Schattenwirtschaft» und aller möglichen Formen des Mißbrauchs, das heißt zum realen Prozeß der Gesundung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen» (Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 25. 6. 1987: Reden, 425).*

### **Gegnerschaft vom Parteiapparat**

Gorbatschows Vorstellungen von *Perestroika* und *Demokratisierung* treffen allerdings viele kommunistische Mitglieder des Apparats am Nerv. Sie gaben sich bisher als die berufenen Verwalter des «sozialistischen Eigentums» aus, was für sie mit erheblicher Macht und diversen Privilegien verbunden war. Nun droht ihnen der Verlust ihrer Pfründen, was viele keineswegs stillschweigend hinzunehmen gewillt sind.

*«Die Politik der Umgestaltung rückt die Dinge zurecht. Wir bringen das Prinzip des Sozialismus wieder voll zur Geltung: Jedem gemäß seinen Fähigkeiten, jedem gemäß seiner Arbeit.» Und wir bemühen uns um soziale Sicherheit für alle, ein Gesetz für alle, eine Disziplin für alle und hohe Eigenverantwortung für jeden einzelnen. Perestroika hebt den Grad der sozialen Verantwortung und des Anspruchs an den einzelnen. Die einzigen, die sich über diese Veränderungen ärgern, sind diejenigen, die meinen, sie hätten schon, was sie brauchen. Warum also sollten sie umdenken?» (Perestroika, 34f.)*

Unumwunden gesteht der Generalsekretär ein, daß es selbst im Politbüro und im Zentralkomitee zu Auseinandersetzungen über seine Reformpläne gekommen ist, was eine Offenheit (Glasnost) darstellt, die seit Chruschtschow dem sowjetischen Führungsstil weitgehend abging.

*«Sicherlich ist es auch innerhalb der Führung zu Meinungsverschiedenheiten darüber gekommen, wie die Stagnation überwunden und die Dinge in Zukunft angepackt werden sollten. Daran ist nichts Überraschendes. Ganz im Gegenteil, es wäre eigenartig, um es einmal milde auszudrücken, wenn es keine solchen Differenzen gäbe und alle dasselbe dächten und sagten. Meinungskonflikte regen zum Nachdenken an. Aber was den Kern der Sache angeht, sind wir uns einig in der Überzeugung, daß die Perestroika unverzichtbar und in der Tat unumgänglich ist und daß uns keine andere Wahl bleibt» (Perestroika, 82).*

Um die vorhersehbaren Widerstände im eigenen Apparat zu umgehen, griff Gorbatschow zu einer weiteren Maßnahme, nämlich zum Appell an die breiten Massen; hier wollte er sich eine feste Basis für seine Reformen schaffen. Die von ihm geforderte *Glasnost*, die Transparenz in öffentlichen Belangen, soll die sowjetischen Aparatschiki zwingen, sich in ihren Handlungen dem Urteil der Öffentlichkeit zu stellen. Das würde, vorausgesetzt, daß sich der neue Kreml-Chef durchsetzt, für viele Funktionäre ein Ende des selbstherrlichen Herrschens «im Namen des Volkes» bedeuten.

#### «Glasnost» - direkter Appell an die Bevölkerung

«Uns ist klargeworden, daß wir lernen müssen, die chronische Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und politischen Erklärungen zu beseitigen» (Perestroika, 93). «Wir wollen Offenheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und in allen Bereichen des Lebens. Das Volk muß wissen, was gut und was schlecht ist, um das Gute zu mehren und das Schlechte zu bekämpfen. So sollten die Dinge im Sozialismus sein» (Perestroika, 92).

In seinem Kampf für die *Glasnost* setzt Gorbatschow vor allem auf die Massenmedien:

«Natürlich sind sie nicht das einzige Sprachrohr, das den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt, seine Ansichten und Stimmung widerspiegelt. Aber sie sind die repräsentativste und mächtigste Bühne für die *Glasnost*. Die Partei will, daß jeder Sowjetbürger auf dieser Bühne selbstbewußt seine Meinung vorträgt; die Stimmen der Sowjetbürger sollen nicht nur über die Diskussionen Aufschluß geben, die im Land stattfinden, sondern auch für eine demokratische Kontrolle sorgen, was die Richtigkeit von Entscheidungen, ihre Übereinstimmung mit den Interessen und Forderungen der Massen und, in der nächsten Phase, die Ausführung dieser Entscheidungen anbelangt» (Perestroika, 94).

Die Partei will, so behauptet der Generalsekretär mutig, aber will sie wirklich? Denn Gorbatschow muß eingestehen, daß es Funktionäre gibt, die noch immer auf die Kritik der Medien «übertrieben reagieren» und die Kritiker einzuschüchtern suchen, oder aber der Kritik zwar lautstark applaudieren, jedoch keine praktischen Konsequenzen daraus ziehen, hoffend, die ganze Sache werden bald im Sande verlaufen. Hier wird deutlich, daß sich Gorbatschow sowohl mit aktivem wie auch mit passivem Widerstand gegen seine Reformvorhaben konfrontiert sieht. Und außerdem gibt es für ihn dabei noch ein Dilemma. Wenn er Transparenz und Offenheit fordert und zur öffentlichen Diskussion aufruft, dann kann er nicht einfach seine Kritiker zum Schweigen zwingen, wenn diese ebenfalls ihre Meinungen in den Massenmedien vertreten. Seine Gegner haben diese Chance rasch einmal erkannt und nützen die *Glasnost*, die sie selber ablehnen, als Waffe gegen deren Urheber.

Der solcherart Angegriffene verzichtet in seiner Argumentation nicht immer auf versteckte Drohungen. Gorbatschow meint, daß ihn die Werktätigen des Landes verstanden hätten, obwohl viele, durch die Erfahrungen der Vergangenheit gewarnt, noch immer eine skeptische Zurückhaltung an den Tag legten. Dennoch behauptet der Parteichef optimistisch, daß die Arbeiterklasse in der Vorhut der Umgestaltung marschiere. Ja, er ruft sogar zu Härte und Unversöhnlichkeit gegenüber jenen auf, welche die Reformpolitik behindern.

«Vor dem Hintergrund der fürwahr staatsbürgerlichen Position der Arbeiterklasse ist das Verhalten jener besonders unansehnlich, die wegen eigennütziger Vorteile die Veränderungen in der Gesellschaft stören und der Umgestaltung im Wege stehen. Ich denke, daß die Arbeitskollektive, die Partei- und die gesellschaftlichen Organisationen solchen Leuten gegenüber hart und unversöhnlich sein müssen. Das ist eine Forderung des Lebens. So verstehen wir diese Frage im Politbüro» (Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 25.6.1987: Reden, 387).

#### Das Nationalitätenproblem als Prüfstein

Wie sich schon bald nach Gorbatschows Amtsantritt zeigte, könnten seine Reformvorhaben jedoch letztlich vor allem an einer der gefährlichsten innenpolitischen Klippen scheitern, am sowjetischen Nationalitätenproblem. Er hat dieses Problem nicht selber geschaffen, sondern von seinen Vorgängern geerbt. Und er hat es im Zusammenhang mit den Unruhen, die Ende 1986 in Alma Ata ausgebrochen waren, analysiert.

«Die Dialektik sieht folgendermaßen aus: Wenn der pädagogische und kulturelle Standard zusammen mit der Modernisierung der Wirtschaft wächst, führt dies zur Bildung einer Intelligenz innerhalb eines jeden Volkes, zur Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins und des natürlichen Interesses eines Volkes an seinen historischen Wurzeln. Das ist wunderbar. Dies war das Ziel der Revolutionäre unterschiedlicher Nationalitäten, die unsere Revolution vorbereiteten und sich daranmachten, auf den Trümmern des Zarenreiches eine neue Gesellschaft aufzubauen. Es kann im Ablauf dieses Prozesses aber vorkommen, daß eine bestimmte Gruppe von Leuten sich dem Nationalismus zuwendet. Daraus ergeben sich engstirnige nationalistische Standpunkte, nationale Rivalitäten und Arroganz» (Perestroika, 149).

Schwelte das Nationalitätenproblem jedoch bis zu Gorbatschows Amtsantritt im Untergrund, so entfachten nun seine Reformvorhaben die Glut an verschiedenen Orten zum offenen Brand. Im Bestreben, im Zeichen der Perestroika landesweit zu größerer Effizienz zu gelangen und die Korruption zu bekämpfen, kam es an verschiedenen Orten zu einer Ablösung der Kader. Dies wurde insbesondere in jenen Republiken schlecht aufgenommen, welche während Jahrzehnten als Entwicklungsgebiete von russischer Leitung abhängig waren und erst in jüngerer Zeit eigene Leute in Führungspositionen zu bringen vermochten. Natürlich kam es dabei als Reaktion auch zu nationalen Verfühlungen, zudem besaßen die einheimischen Kader noch nicht immer den Standard der russischen Meister. Aber daß nun wieder russische Leiter die Chefetagen besiedelten, wurde als Herabwürdigung der autochthonen Völker und als Kulturkolonialismus empfunden. Da brauchte es nur noch einen geringfügigen äußeren Anlaß, und schon machte sich das angestaute Unbehagen explosionsartig Luft.

Gorbatschow hatte aus den Ereignissen von Alma Ata durchaus seine Schlüsse gezogen, wenn er auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 27. Januar 1987 erklärte:

«Im Geiste der Leninschen Forderungen und der Direktiven des XXVII. Parteitages ist es unerläßlich, festen Kurs darauf zu nehmen, daß in den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen, darunter auch auf Unionsebene, alle Nationen und Völkerschaften des Landes repräsentiert sind und sich deren nationale Struktur so genau wie möglich in der Zusammensetzung der Leitungskader widerspiegelt (Reden, 285).

#### Unionsrepubliken kämpfen um ethnische Integrität

Daß die Ereignisse in Armenien, welche in den vergangenen Wochen vielleicht erstmals das Augenmerk weiter westlicher Kreise auf die innere Problematik des sowjetischen Vielvölkerstaates richteten, nicht etwa aus heiterem Himmel entstanden waren, enthüllen die Worte Gorbatschows, die dieser ein Jahr vor den Armenierunruhen auf dem erwähnten ZK-Plenum vom 27. Januar 1987 gesprochen hatte.

«Von Zeit zu Zeit entstehen Mißverständnisse in den Beziehungen zwischen benachbarten Rayons oder Gebieten unterschiedlicher Republiken. Manchmal wachsen sie zu Streitfällen und selbst zu Prozessen aus. Und die Leiter der Partei- und Staatsorgane weichen prinzipiellen Lösungen aus, statt die Leidenschaften gar nicht erst aufkommen zu lassen oder sie zu zügeln. Politische Funktionäre müssen in solchen Situationen besonnen handeln und ungesunde Emotionen abkühlen» (Reden, 285).

Auch gegen den Vorwurf einer «Russifizierung» der einheimischen Kulturen auf dem Weg über die russische Sprache, wie immer wieder aus nichtrussischen Republiken vorgetragen wird (und soeben auch wieder von estnischer Seite ertönte) hat sich Gorbatschow sehr moderat und klug geäußert. In seiner Antwort wußte er geschickt auf die Erfahrungen anderer Völker außerhalb Rußlands zu verweisen, die sich mit ähnlichen Problemen konfrontiert sehen.

*«Es gibt manchmal hitzige Debatten über die Entwicklung der ethnischen Sprachen in unserem Land. Was soll man dazu sagen? Selbst den kleinsten Volksgruppen kann man doch nicht das Recht auf eine eigene Muttersprache verweigern. Immerhin macht gerade diese Vielfalt die menschliche Kultur aus, mit ihren zahlreichen Sprachen, der Art, sich zu kleiden, den Ritualen und Gebräuchen. Das ist unser gemeinsamer Reichtum. Kann man ihn einfach ignorieren? Darf man zulassen, daß er unterbewertet wird?»*

*Doch gleichzeitig können wir in unserem großen Vielvölkerstaat nicht ohne ein gemeinsames Kommunikationsmittel auskommen. Die russische Sprache hat auf natürliche Weise diese Funktion übernommen. Jeder braucht diese Sprache, und die Geschichte hat gezeigt, daß der Prozeß, zu einer allgemeinen Kommunikation zu gelangen, immer von der Sprache der größten Volksgruppe ausgeht»* (Perestroika, 151f.).

Daß mit dieser Antwort allerdings das Problem der schleichen- den Russifizierung der sowjetischen Völkerschaften noch nicht gelöst ist, liegt auf der Hand.

#### **Die Achillesferse: Wo hat die Reform zu enden?**

Wenn die *Glasnost*, verbunden mit der von Gorbatschow propagierten Demokratisierung und Dezentralisierung, echt sein soll, dann muß sie überall und für alle gleicherweise gelten, so

---

In den ersten Monaten dieses Jahres und schon zuvor, im Dezember, sind uns in Verbindung mit den Abonnementszahlungen viele herzliche Worte der Ermunterung samt Solidaritätsbeiträgen für unseren Gönnerfonds zugekommen. Für beides möchten wir danken und zugleich den Dank der Beschenkten an Sie weitergeben. Eine zusätzliche Freude machen Sie uns, wenn Sie uns das Jahr hindurch weiterempfehlen.

Ihre ORIENTIERUNG

---

### **ORIENTIERUNG** erscheint 2x monatlich in Zürich

Katholische Blätter für weltanschauliche Information  
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen

#### **Redaktion und Administration:**

Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich, Telefon (01) 201 0760  
Telefax (01) 201 4983

Redaktion: Ludwig Kaufmann, Josef Bruhin, Robert Hotz,  
Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selvatico, Karl Weber  
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Paul Konrad Kurz  
(Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Wolf (Nijmegen)

#### **Preise Jahresabonnement 1988:**

Schweiz: Fr. 38.- / Studierende Fr. 27.-

Deutschland: DM 47,- / Studierende DM 32,-

Österreich: öS 350,- / Studierende öS 240,-

Übrige Länder: sFr. 38.- zuzüglich Versandkosten

Gönnerabonnement: Fr. 50.- / DM 60,- / öS 420,-

(Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnements in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

Einzelexemplar: Fr. 2.50 / DM 3,- / öS 22,-

#### **Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich**

Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842 oder Schweizerische

Kreditanstalt Zürich-Enge, Konto Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 60010070) Konto Nr. 6290-700

Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127

Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

Abonnements-Bestellungen bitte an die Administration.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

argumentieren nicht zuletzt jene Völkerschaften, die unter Stalin zu leiden hatten und oft unter unmenschlichen Bedingungen wie beispielsweise die Krim-Tataren oder Wolga-Deutschen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs in die unwirtlichen Steppen Kasachstans verbannt worden sind. Sie verlangen Genugtuung und wollen in ihre ursprünglichen Siedlungsräume zurückkehren, aus denen man sie einst vertrieben hatte. Doch die alte Heimat ist längst von neuen Bewohnern belegt. Bieten sich hier überhaupt noch Lösungen an?

Und wie steht es mit den verschiedenen Unionsrepubliken im Kaukasus und in Zentralasien, deren nationale Gebiete von den Sowjets zuerst willkürlich zusammengefaßt und ebenso willkürlich wieder auseinandergelöst worden waren? Die *Turkvölker*, die eine Einheit bildeten, wurden nach dem Grundsatz des «divide et impera» zu eingeständigen Nationen emporstilisiert, indem man künstliche Unterschiede schuf. Und oft erfolgte die Grenzziehung nach einem Prinzip, das die Niederhaltung der einzelnen Völker durch die anderen zum Ziele hatte. So schuf sich die Zentralregierung zum Teil selber ihre heutigen Probleme, wobei allerdings noch hinzuzufügen ist, daß gerade die ethnische Durchmischung im Kaukasus gelegentlich auch schon früher Anlaß zu bitteren Fehden war.

Aber es waren die Sowjets, die in diesen Völkerschaften das Bewußtsein ihrer Eigenständigkeit pflegten, denn sie sollten sich ja nicht in ihrer Ablehnung gegen die Sowjetmacht vereinen. Wie weit aber darf beispielsweise ein Usbeke ein Usbeke und ein Armenier ein Armenier sein, und wo hat ihr gemeinsames sowjetisches Bewußtsein einzusetzen? Die Darstellungen Gorbatschows zu diesem Problemkreis bieten keine echten Lösungen an:

*«Nationale Gefühle von Menschen sollten respektiert und dürfen nicht ignoriert werden. Sie gegeneinander auszuspielen, ist jedoch gleichbedeutend mit politischer Verantwortungslosigkeit, wenn nicht sogar ein Verbrechen. Es ist eine Tradition unserer Partei, jeden Ausdruck von nationalistischer Borniertheit und Chauvinismus, Beschränktheit, Zionismus und Antisemitismus, in welcher Form auch immer, zu bekämpfen. Wir bleiben dieser Tradition verhaftet»* (Perestroika, 153).

Die von Gorbatschow beschworene «Tradition der Partei», wie sie sich in der bisherigen sowjetischen Geschichte darstellt, entspricht allerdings keineswegs dem von ihm gezeichneten Idealbild gegenseitigen Respekts. Unausgesprochen stellen die nichtrussischen Völker für das russische Hegemoniestreben eine latente Bedrohung dar. Und Gorbatschow macht es deutlich: Wo sich zentrifugale nationale Eigenständigkeit zu entwickeln droht, da endet die *Demokratisierung* und die *Glasnost* abrupt.

Die Ereignisse von Alma Ata und der Konflikt um Nagorno-Karabach sind deutliche Warnzeichen. Was aber geschieht, wenn einmal die immerhin rund 50 Millionen Menschen zählenden *Turkvölker* muslimischer Tradition oder die über 40 Millionen Ukrainer aufzubegehren beginnen?

*Perestroika*, *Demokratisierung* und *Glasnost* haben nur eine Chance, wenn sie sich langsam, organisch und ohne größere Zwischenfälle durchsetzen. Doch die Voraussetzungen hierzu sind nicht sehr günstig. Zudem braucht eine organische Entwicklung Zeit, und gerade diese mangelt Gorbatschow. Er bedarf rascher, ja wenn möglich sogar spektakulärer Erfolge, wenn er den wachsenden Widerstand bei den eigenen Funktionären überwinden will. Und hierzu reichen außenpolitische Erfolge auf die Länge nicht aus.

Aus westlicher Sicht kann man Gorbatschows Reformen sicherlich nur von Herzen Erfolg wünschen, denn diese dürften, in der Weiterführung ihrer Ansätze, früher oder später eine gewisse Angleichung der Systeme in Ost und West bewirken. Doch wir stehen erst noch am Anfang. Und der Generalsekretär der KPdSU ist zu einem gleichzeitigen Kampf an mehreren Fronten gezwungen, der Erfolg seiner Bemühungen zudem von diversen unwägbareren innen- wie außenpolitischen Faktoren abhängig. Das muß Skepsis wecken. Andererseits ist schon heute eines sicher: Gorbatschow hat neue Entwicklungen eingeleitet, die – selbst wenn er über seinen Bemühungen stürzen sollte – von seinen Nachfolgern nicht mehr völlig rückgängig gemacht werden können.

Robert Hotz